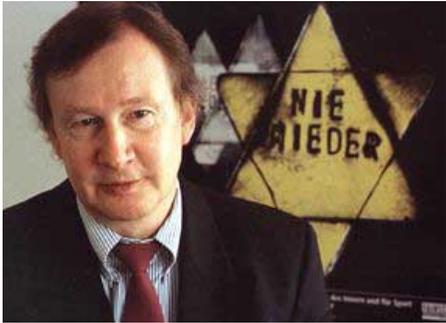


„Sehen nicht tatenlos zu“

Der Brandenburger Verfassungsschutzchef
Hans-Jürgen Förster über ein Verbot der NPD und
die Gefahr einer Braunen Armee Fraktion



A. SCHÖTZEL

Förster, 50, Jurist, parteilos, befaßte sich von 1977 bis 1983 in der Staatsanwaltschaft Lübeck unter anderem mit nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Von 1989 bis 1994 war er Pressesprecher des Generalbundesanwalts. Seit November 1996 ist er Chef des Verfassungsschutzes in Brandenburg.

SPIEGEL: Die NPD hat den früheren Rechtsterroristen Manfred Roeder als Bundestagskandidaten aufgestellt und gebärdet sich zunehmend neonazistisch. Wird nun über ein Verbot der NPD nachgedacht?

Förster: Mein Grundsatz zu Verboten gegen Extremisten ist: Darüber spricht man nicht, die macht man. Das larmoyante Wehklagen, daß die Gründe nicht ausreichen, ist ebensowenig hilfreich wie die konkrete Vorankündigung.

SPIEGEL: Gibt es denn noch Möglichkeiten unterhalb eines Parteienverbots?

Förster: Besonders gefährlichen Verfassungsfeinden können nach Artikel 18 Grundgesetz bestimmte Grundrechte wegen Verwirkung aberkannt werden. Zum Beispiel die Freiheit der Meinungsäußerung wegen Mißbrauchs zum Kampf gegen die freiheitliche Demokratie. Bei Roeder, der angekündigt hat, er würde gegen ein Holocaust-Denkmal mit der Spitzhacke vorgehen, könnte ich mir das vorstellen.

SPIEGEL: Eher als ein Verbot der Partei?

Förster: Parteiverbote sind die Ultima ratio zur Verteidigung unserer Verfassungswerte – nach der von Carlo Schmid so

zusammengefaßten Lehre aus Weimar: Keine Toleranz gegenüber den Feinden der Toleranz.

SPIEGEL: Dieser Punkt ist bei der NPD noch nicht erreicht?

Förster: Ich halte die NPD für die mit Abstand gefährlichste Partei, obwohl sie die wenigsten Mitglieder hat. Sie setzt auf Aktionsbündnisse mit dem gesamten rechtsextremistischen Spektrum, einschließlich Neonazis und gewaltbereiter Skinheads. „Nationaler Widerstand“ ist ihr Schlagwort dafür.

SPIEGEL: Wie die NSDAP ruft die NPD zum „Kampf gegen das System“, rühmt in ihrem Parteiorgan den „NS-Märtyrer Horst Wessel“ und die „nordische Rasse“. Ist damit nicht eine Bedingung für ein Verbot, nämlich die „Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus“, offenkundig?

Förster: Seit dem Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die KPD 1956 muß aber eine „aktiv kämpferische aggressive Haltung“ gegenüber der bestehenden Ordnung beweisbar hinzukommen.

SPIEGEL: Bei einer NPD-Kundgebung am 1. Mai in Leipzig prügelten sich Neonazis mit der Polizei.

Förster: Ob der Bund einen Verbotsantrag gegen die NPD stellt, ist eine politische Ermessensentscheidung. Vorrangig ist für mich auf jeden Fall die geistig-politische Auseinandersetzung mit ihren gefährlichen Parolen wie „Arbeit zuerst für Deutsche“.



NPD-Anhänger: „Die mit Abstand gefährlichste Partei“

Dazu gehört auch, den Rechtsextremisten durch ein energisches Vorgehen gegen illegale Gastarbeiter – etwa auf dem Bau – den Boden für ihre Hetze zu entziehen.

SPIEGEL: Seit 1992 wurden ein Dutzend Neonazi-Organisationen verboten. Macht der Rechtsstaat sich nicht lächerlich, wenn er der größeren NPD gestattet, was er kleineren Gruppierungen verbot?

Förster: Diese Verbote konnten die Innenminister selbst erlassen. Auch wenn ich nicht glaube, daß sich der Staat in Sachen NPD lächerlich macht, bin ich insgesamt für eine Verbotsstrategie. Sie kann helfen, Leuten am Rande solcher Gruppen die Augen zu öffnen. Der Staat macht damit auch deutlich, daß er nicht gewillt ist, sich von den Nazi-Stiefeln auf der Nase herumtanzen zu lassen.

SPIEGEL: Die NPD nutzt derweil die Zeit, sich als Sammelbecken aller verfolgten Rechten zu präsentieren.

Förster: Wir schauen dem nicht tatenlos zu. Vielmehr sammeln wir Erkenntnisse, die die seriöse Entscheidung für oder gegen einen Verbotsantrag ermöglichen. Entgegen landläufiger Meinung glaube ich übrigens nicht, daß die Rechten für noch schlimmere Wahlerfolge eines charismatischen Führers bedürften – in Sachsen-Anhalt kam eine Partei „ohne Köpfe“ in den Landtag.

SPIEGEL: Wie sieht die Situation bei der DVU aus?

Förster: Man kann die rechtsextremen Parteien nicht isoliert sehen. Der Staat und der innere Friede hätten keinen Gewinn von dem Verbot nur einer Partei. Das wäre geradezu die Aufforderung, sich einer anderen zuzuwenden.

SPIEGEL: Könnte ein Verbot eine Braune Armee Fraktion im Untergrund fördern?

Förster: Das Argument, Verbote trieben Leute in den Untergrund, ist ebenso alt wie falsch. Es gibt nicht einen Rechtsextremisten, der nach einem Verbot aus dem Blickfeld der Sicherheitsbehörden

verschwunden wäre. Es gibt gegenwärtig keinen Untergrund, wie ihn die RAF hatte und brauchte, in den die Rechten gehen könnten.

SPIEGEL: Warum nicht?

Förster: Dazu fehlen insbesondere Logistik und Unterstützermilieu. Allerdings besteht unabhängig von der Verbotsproblematik die Gefahr, daß sich wie früher bei den in der Legalität operierenden linksextremistischen revolutionären Zellen eine Art Feierabendterrorismus im rechten Bereich entwickelt. Diese Sorge gründet sich vor allem darauf, daß sich in letzter Zeit bundesweit Waffenfunde bei bürgerlichen Neonazis häufen. ◆